

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

**Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 4.50 Mk., bei Selbstabholung 4.25 Mk.**  
Durch die Post bezogen vierteljährlich 15.— Mk., für 1 Monat 5.— Mk.  
(Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg.)  
Postcheckkonto Nr. 53 477. Postcheckkonto Nr. 53 477.

**Redaktion:**  
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig.  
Fernsprecher: 13 098.

**Insertenpreise:**  
Die 7gespaltene Kolonelle 1.55 Mk. — Die 7gespaltene Kolonelle mit Plagvorschritt 1.85 Mk. — Die 7gespaltene Kolonelle Familiennachrichten 1.40 Mk. Die Nekrolog-Kolonelle 0.25 Mk.  
Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Noch kein Truppeneinmarsch in das Ruhrgebiet.

### Die Abwendung der Katastrophe im Ruhrgebiet noch möglich.

Berlin, 31. März. (Eigene Drahtmeldung der V. B.) In der Erklärung der Regierung, mit der sie auf den Boden des Völkervertrages tritt und einen Ausschub der militärischen Maßnahmen um 48 Stunden zuspätschiebt, schreibt die Freiheit:  
„Diese unter dem Druck der Arbeiterorganisationen erfolgte Erkenntnis gewährt doch die Hoffnung, daß bei logischer und vernünftiger Ausführung die Möglichkeit doch noch zu einer friedlichen Lösung zu gelangen und so nicht nur die Arbeitererschaft des Ruhrreviers, sondern das deutsche Weltwirtschaftsleben vor einer schweren Katastrophe zu bewahren, gegeben ist. Die Antwort bietet deshalb eine geeignete Unterlage, um durch weitere Verhandlungen diese Möglichkeit schließlich zur Gewissheit zu machen. In diesen Verhandlungen wird auch die Frage der Abberufung Watters, des Heberers des ganzen Unheils, wieder aufgerollt werden und wir glauben, daß gegen den General umfangreiches Material beigebracht werden kann, das auch die Regierung sich nicht länger halten können. Vor allem aber bleibt nach wie vor die wichtigste Aufgabe, zu verhindern, daß die Arbeitererschaft des Ruhrreviers zum Objekt des Militärs wird und dafür einzutreten, sind die Arbeiterorganisationen nach wie vor bereit.“

### Die Berliner Betriebsräte zum Generallstreik.

Berlin, 31. März. (Eigene Drahtmeldung.) Der Volkerverbund der revolutionären Betriebsräte Groß-Berlins, die gestern abend zusammentrat, lag die von den Arbeitern des Ruhrreviers erbetene Weisung über das weitere Verhalten noch nicht vor. Wegen a n n als Referent wandte sich heftig gegen v e l e n, der es durchgesetzt habe, daß die Vertreter der revolutionären Betriebsräte an den Verhandlungen mit der Regierung nicht hätten teilnehmen dürfen. Außerdem polemisierte er heftig gegen Minister v i e s b e r t s, der sich bei den Verhandlungen im Ruhrrevier als durchaus verständnislos der Situation gegenüber gezeigt hatte. In der Diskussion wurde von den Vertretern fast aller Industriegruppen die sofortige Proklamierung des Generallstreiks verlangt. Einzelne Delegierte erklärten, daß die Arbeiter unter Umständen bis zur Sabotage gehen würden. Schließlich wurde beschlossen, heute vormittag in den einzelnen Betrieben über den Generallstreik abstimmen zu lassen und heute mittag eine neue Generalversammlung der Delegierten der Betriebsräte zur endgültigen Beschlußfassung zusammenzurufen.

### Ein neues Schandurteil.

#### Freispruch für den Mörder Landauers.

Wie uns aus Freiburg gebracht wird, hat das dortige Kriegsgericht den Soldaten Diegels von der Anklage des Totschlags freigesprochen, obwohl er geflüchtet war, an der Tötung Landauers im Gefängnis zu Stadelheim durch Abgabe eines Pistolenschusses auf Landauer mitgewirkt zu haben. Diegels, der inzwischen bei den Waffenzugruppen zum Unteroffizier befördert worden ist, berief sich darauf, daß er nur den Befehl eines Vorgesetzten ausgeführt habe. Das genügt dem Gericht, um den Mörder freizusprechen. Wegen Anrechnung der Uhr des Toten erkannte es auf fünf ganze Wochen Gefängnis, verbüßt durch die Unteruchungshaft!

Ein neuer Beweis für die Schandbarkeit der Militärjustiz, die jedem Volksempfinden höhnisch sagend sogar die ungeheuerlichen Paragrafen des Militärstrafrechts noch zugunsten der Soldateska und ihrer Handgranatenmoral umbiegt. Selbst der Vorparis als Regierungsblick fragt angeekelt dieses Urteils: „Dann wird endlich dem Schand der Kriegsgerichte ein Ende gemacht?“ Für uns gilt wahrhaftig nicht der Wahlspruch der bürgerlichen Ethiktheoretiker „Auge um Auge, Zahn um Zahn“, aber wir protestieren auch immer wieder gegen die Dienstdienste, die heute die sogenannte Rechtspflege, insbesondere die militärische der herrschenden Gesellschaft leisten muß.

Gustav Landauer, der als anarchistischer Publizist einen hervorragenden Ruf besaß, wurde von Eisner nach München gezogen, als dort die Revolution siegte. Nach dem Tode Eisners und der Proklamation Müllers-Münchens war er einer der besten und vornehmsten Köpfe und Charaktere, vielleicht der letzte Kopf und Charakter der bayerischen Sozialregierung. Nach dem Einzug der Truppen wurde er in der Wohnung der Frau Eisner in Starnberg verhaftet und nach Stadelheim in Haft gebracht. Dort wurde er u. a. von einem Major von Gageren furchtbar mißhandelt. Es war dies das Signal für eine größere Anzahl Soldaten, auf Landauer mit Feilschen,

Bäusen und Gewehrkolben einzuschlagen. Mit den Worten: „Seid ihr noch Menschen“, brach Landauer zusammen. Nun schob ihm ein nicht ermittelter Soldat mit dem Gewehr durch den Kopf. Es wurde gerufen: „Er lebt noch!“ Nun schob ihm der Angeklagte, wenige Augenblicke nach dem ersten Schuß, mit der Pistole durch die Schläfe. Der Leichnam wurde dann noch mit Feilschen getreten.

### Aufhebung des Belagerungszustandes.

Dresden, 30. März. (W. T. V.) Das Gesamtministerium hat am heutigen Tage beschlossen, wegen der fortschreitenden beruhigenden Verhältnisse in Leipzig den über die Reichshauptmannschaft Leipzig verhängten Ausnahmezustand aufzuheben.

### Abbau des Ausnahmezustandes.

Amtlich wird gemeldet: Die den Militärbehörden erteilte Vollmacht, eine Verschärfung der auf Grund des Artikels 48 erlassenen Ausnahmebestimmungen nach eigenem Bestehen bei Gefahr im Verzuge einzutreten zu lassen, insbesondere die Standgerichte, bleiben nur in den Regierungsbezirken Düsseldorf, Aachen und Münster, sowie im Bezirk der Reichswehrbrigade 11 (Westfäl. Thüringens usw.) bestehen. Auch hier werden dieselben, sobald es die Lage gestattet, aufgehoben werden.

### Hochverratsverfahren gegen den Genossen Blumtritt.

Die der bayerische Justizminister Dr. Müller am Dienstag in der politischen Aussprache im Landtage mitteilte, hat der Staatsanwalt in Hof um die Genehmigung zur Strafverfolgung des unabhängigen Abgeordneten Blumtritt wegen Hochverrats beim Landtag nachgesucht. Auf welche Tatsachen sich der Staatsanwalt stützt, ist aus der kurzen Meldung nicht zu ersehen. Bekannt ist ja, daß von gewisser Seite schon seit langer Zeit mit allen Mitteln gegen die angeblich in Hof bestehende „Kommunistenzentrale“ gehetzt wird. Ebenso ist bereits vor längerer Zeit festgestellt worden, daß besonders in Hof Epistel ihr schmutziges Handwerk betreiben. Vermutlich haben sie auch jetzt bei der Beschaffung des „Materials“ für das Verfahren gegen unser Genossen mitgewirkt.

### Allgemeines Friedensangebot Sowjet-Rußlands.

Nach einem amerikanischen Funkpruch veröffentlicht New York American ein drahtloses, von Wintkoff gefundenes Friedensangebot Sowjet-Rußlands an alle Nationen der Welt. Es umfaßt folgende Punkte: 1. Anerkennung der Sowjetrepublik Rußland; 2. Anerkennung des Rechts, das Sowjetexperiment in Rußland weiter zu entwickeln; 3. Vereiterklärung Sowjet-Rußlands, sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Länder einzumischen; 4. Verpflichtung der anderen Länder, sich ebenfalls der Vermischung in die inneren Angelegenheiten Rußlands zu enthalten; 5. Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen; 6. Auflösung der roten Armee, so bald der Frieden gesichert ist; 7. Anerkennung durch Sowjet-Rußland der Schulden und Anleihen, einschließlich Zinsen der früheren russischen Regierung. Die Sowjetregierung erklärt sich außerdem bereit, die Freiheit jedes Landes, sich seine eigene Regierungsform zu wählen, zu achten und diesen Grundsatz auch auf die russischen Randstaaten anzuwenden. Sowjet-Rußland beansprucht jedoch für sich das gleiche Recht. Die Sowjetregierung erklärt: Wir suchen keine Allianz mit irgendeiner Nation und wollen keine Nation angreifen. Wir legen unsern Glauben in den Frieden. Wir suchen Handelsbeziehungen mit allen Nationen der Welt. Wir lehnen es feierlich ab, irgendwelche gegen die alliierten Regierungen gerichteten geheimen Verhandlungen mit Deutschland in Erwägung zu ziehen. Wir wollen keinerlei militärische Abmachungen. Wir bieten Polen einen lokalen Frieden an, können jedoch nicht zulassen, daß es unter dem Vorwand, seine Bewohner gegen den Bolschewismus zu verteidigen zu wollen, große russische Grenzgebiete einheimst.

### Die Ideologen der Konterrevolution.

Eine politische Nachlese.

Da man als sicher annehmen darf, daß der gescheiterte Versuch der deutschen Konterrevolution, aus seinen bisherigen Kriegsvorbereitungen zur Aktion unter Kapp-Eitwäg zu schreiten, noch in absehbarer Zeit das Scheitern der politischen Geister darstellen wird und insbesondere bei den bevorstehenden Wahlen im Reich einen breiten Raum in der Agitation haben und drücken darstellen dürfte, ist eine literarisch-politische Nachlese aus der blutigen Ernteweche der Gegenrevolution von selbst geboten. Wir glauben mit der Festanerkennung der Konterrevolution und ihrer Ideologie gerade also auch einen Bedürfnis in der praktischen Parteilarbeit in Stadt und Land nachgekommen zu sein.

#### 1. Die reaktionären Parteien.

Die Meuterei der zweiten Marinebrigade und die Erweiterung dieses Verbrechens durch die hochverratliche Gewalt usurpation des Generallandschaftsdirektors Kapp und des Generals von Eitwäg war ganz selbstverständlich nur auf politisch wohl vorbereitete Boden möglich.

Wird zwar dieser mittelbare Zusammenhang zwischen Agitation und Tat von keiner Seite, auch nicht der extrem-rechten, in Worte gestellt — einfach, weil er nicht wegausdiskutieren ist —, so werden allerdings die unmittelbaren Zusammenhänge zwischen den Meuterern und der reaktionären nationalistischen Parteilbewegung vor den Lesern geleugnet. Tatsache war, daß keines der Blätter der Rechten sich am Abend des Verbrechens unterrichtet gezeigt hat, was ja nun entweder wirkliches Nichtwissen oder absichtliche Komödie oder diplomatische Zurückhaltung oder alles drei zusammen sein kann. Aber nach dem Verbrechen wurde auf jeden Fall dieser unmittelbare Zusammenhang entschieden geleugnet.

So die Deutsche Zeitung vom 24. März 1920 durch die Feder des derzeitigen Apostels des Alldeutstums, Wille:

„Selbstverständlich geht nun die Rede der zusammengetrockneten Winken gegen die Deutschnationalen, Alldeutschen usw. lustig los. Wir möchten nur feststellen, daß alle diese Kreise mit dem Putsch nicht nur nichts zu tun hatten, was übrigens am Freitag, dem 12. März, halbamtlich bestätigt worden ist, sondern daß sie auch den politischen Kreis um Kapp von vornherein abgelehnt haben. Es blieb der Postischen Zeitung vom 13. März vorbehalten, Herrn Kapp einen der „fähigsten konservativen Politiker“ zu nennen. Von der Zeitung des Alldeutschen Verbandes wissen wir jedenfalls, daß sie schon seit Jahr und Tag keinerlei Beziehungen mit Herrn Kapp gehabt hat. Das hat übrigens die Tägliche Rundschau vom 13. März bereits ausdrücklich hervorgehoben, die ferner mitteilte, Kapp sei nicht einmal Mitglied des Alldeutschen Verbandes.“

Demgegenüber stellte am selben Tage Theodor Wolff im Berliner Tageblatt fest, daß Kapp jeden Tag im deutschnationalen Parteisekretariat Berlins bis kurz vor dem Sonnabend des Verbrechens ein- und ausgegangen ist, und daß er sogar einen wichtigen Vorstandsposten in der Zentralorganisation der deutschnationalen Volkspartei bekleidet hat. Eine gleiche oder ähnliche Stellung — der eine ist sogar deutschnationaler Reichstagsabgeordneter — bekleideten auch seine Komplizen, die Traub und Schiele, die sich als Minister Herrn Kapp sofort zur Verfügung stellten.

Bei dieser feststehenden engen Personalunion zwischen nationaler Parteilbewegung und Putschverbrechen gestaltete sich die Haltung der deutschnationalen Kreise und ihrer Presse zu dem Verbrechen ganz von selbst: aus anfänglicher Ueberraschung, wo sie wirklich Nicht-mitwiffer war, wurde sie offene Sympathie. Gar nicht anders können die beiden offiziellen Erklärungen der Zentralleitungen der beiden Rechtsparteien ausgelegt werden, mögen diese auch je nach der lokalen Opportunität unter dem Druck der Gegenwirkung des Proletariats von den Orts- oder Landesverbänden hier und da korrigiert oder gar gänzlich desavouiert worden sein. Die unverhohlenen offiziellen Sympathieerklärungen liegen auf jeden Fall vor und sind nicht mehr totzuschweigen.

Die deutschnationale Volkspartei erließ am 14. März eine Kundgebung, in der es hieß:

„Die Ereignisse der letzten Wochen haben die Leitung und die Fraktionen der Deutschnationalen Volkspartei in steigendem Maße gezwungen, Kritik an den Taten der bisherigen Regierung zu üben. Die Partei hat insbesondere betonen müssen, daß das Fortbestehen der verfassunggebenden Nationalversammlung der neuen Verfassung zuwiderlaufe, und daß die Zusammenlegung der Nationalversammlung und der bisherigen Regierung dem heutigen Willen des Volkes nicht mehr entspreche. Sie hat durch den Mund ihrer Führer gefordert, daß diesem verfassungswidrigen Zustande auf vertragsmäßigem Wege ein Ende gemacht